Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet Goldmark 0.50, für auswärts Goldmark 0.35, für das Ausland Goldmark 0.50. Die Reklamezeile, 81 mm breit, kostet Goldmark 1.50, auswärts Goldmark 1.00. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt Goldmark 0.10. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Bezugspreise: Für die Zeit vom 16. bis 29. 2. bei freier Zustellung durch Boten 1.20 G.-Mark. Postbezug für Monat Februar 3.50 Goldmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich 6 Kr. 15. Kreuzbandsendungen: im Inlande wöchentlich 1 Goldmark, nach dem Auslande 1.25 Goldmark. Einzelnummer 15 G.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 27980, 27981, 27982 und 27983. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 50 — Donnerstag, 28. Februar 1924 — XXII. Jahrg.

Hitler klagt Kahr und Lossow an

Die Vorbereitung des fascistischen Plebiszits

Das neue Wahlgesetz — Mehrheits- und Minderheitslisten — Die nationale Liste — Die Opposition

Von unserm römischen Mitarbeiter

Rom, 23. Februar

Der unbefangene Beobachter des italienischen Wahlkampfes gewinnt zweifellos den einen entscheidenden Eindruck: hier handelt es sich nicht um das, was man bisher gemeinhin Kammerwahlen nannte, nicht um den Kampf verschiedener großer Parteien um eine verschiedene Zahl von Abgeordnetensitzen, sondern um ein großes und allgemeines Plebiszit, das Mussolini sich, seiner Regierung und dem Fascismus vorbereitet. Wie Napoleon I., durch große Siege auf dem Schlachtfeld der erste General der Republik, durch einen überwältigenden Staatsstreich Erster Konsul, in einem geeigneten Augenblick, da ihm ganz Frankreich zujubelte, die erste Kaiserkrone der Franzosen erlangte, so sucht sich Mussolini durch ein Votum des Volkes seine mächtige eroberte Stellung gewissermaßen zu legalisieren. Er ward Ministerpräsident durch die revolutionäre „marcia su Roma", er will es nun bleiben durch ein gewähltes Parlament. Napoleon, der Feldherrn, haben militärische Siege bis zum Plebiszit, gewissermaßen bis zur Besiegung des eigenen Volkes geführt; Mussolini, den Politiker, führten politische Siege dahin. Mussolinis großer politischer Sieg über sein Volk aber ist das neuitalienische Wahlgesetz.

Es wurde Gesetz am 13. Dezember v. J., zu einer Zeit also, da die alte Welt des liberalen Italien bereits zu den Füßen des Diktators und seiner Schwarzhemden lag. Es wurde Gesetz fast ohne den Widerspruch Italiens, fast ohne den Widerspruch der Welt. Heute es aber nicht mehr revolutionäre Tat ist, sondern nur Gesetz, wird es heiß umstritten und im Inland wie im Ausland leidenschaftlich bekämpft. Um die Wahrheit zu sagen: demokratisch, ein Gesetz der Demo-Kratia, der Volks-Herrschaft, ist dieses Gesetz nicht. Aber es ist das erste Wahlgesetz Europas seit der französischen Revolution, das mit ziemlicher Sicherheit einem Uebel steuert, unter dem fast alle Parlamente Europas, neuerdings selbst Englands unerschütterliches Parlament, leiden: dem Uebel nämlich, daß fast alle Parlamente eine regierungsfähige Mehrheit entbehren. Das neue italienische Wahlgesetz soll der italienischen Kammer nicht nur eine einfache regierungsfähige Mehrheit sichern, sondern die zu allen Verfassungsänderungen notwendige Zweidrittelmehrheit.

* * *

Es erfüllt zwar die vier alten demokratischen Forderungen nach einem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht vollkommen, aber parlamentarische Mehrheit und Minderheit sind ihm nicht erst nach den Wahlen abzuzählende Größen, sondern gegebene. Von den 535 Sitzen auf dem Monte Citorio werden a priori 356, also zwei Drittel, als Mehrheitssitze bezeichnet, der Rest, nämlich 179, als Minderheitssitze. Die gleiche Einteilung herrscht in den 15 Wahlbezirken des Landes. Keine Partei darf eine Liste präsentieren, die mehr Namen enthält, als die Zahl der Mehrheitsplätze des betreffenden Bezirkes beträgt. Auch das werden nur die großen Parteien tun, wie nur sie auch in allen 15 Bezirken Listen aufstellen werden. Das Wahlergebnis aber wird zentralistisch festgestellt, d. h. alle Stimmen des Landes werden vom obersten Wahlbureau in Rom zusammenaddiert, und die Partei, deren Listen im ganzen Regno die meisten Stimmen auf sich vereinigt hat, mehr als jede einzelne andre Partei, erhält alle von ihr umkämpften Sitze, also, wenn sie in allen 15 Wahlbezirken für alle „Mehrheitsplätze" Kandidaten aufgestellt hat, zwei Drittel aller Parlamentssitze überhaupt. Die übrigen Sitze werden nach dem alten Proportional-Wahlgesetz unter die Oppositionsparteien verteilt. Eine Ausnahme gibt es: erhält die siegreiche Partei weniger als ein Viertel der Stimmen des Landes, so wird das ganze neue System aufgegeben und der Proporz tritt an dessen Stelle. — Um dies Wahlgesetz, dessen segensreiche Wirkung, dem Lande eine starke Regierung zu sichern, wir oben erwähnten, von allen Seiten zu beleuchten, sei aber noch eines erwähnt: seine Folge muß sein, daß auch ein Bezirk, der vorwiegend gegen die siegreiche Mehrheitspartei, sagen wir: gegen den Fascismus gewählt hat, wie überwiegend fascistische Bezirke zwei Drittel fascistischer Abgeordneter ins Parlament entsendet.

* * *

Daß die Opposition stürmisch gegen dies Gesetz ist, kann nicht wundernehmen. Die republikanische „Voce" z. B. erschien gestern mit der Ueberschrift: „Die „Wahl" der „Mehrheit" auf dem Verordnungswege." Aber sie irrt sich hoch, wenn sie an der fascistischen Mehrheit zweifelt. Noch scharrt ein Großteil des italienischen Volkes seinem „Duce" zu, und die Opposition, so stark sie an sich ist, hat leider bedauerlich oft zersplittert. Unzählige Italiener aber denken wie der große, keineswegs fascistische Neapler Philosoph Benedetto Croce, der kürzlich zu einem Journalisten über die Wahlen gesagt hat: „Die Regierung gibt uns zu verstehen, daß man nicht ohne eine parlamentarische Mehrheit regieren kann, und verlangt, daß ihr das Land eine geschlossene Mehrheit gibt. Man muß dafür sorgen, ihr diese Mehrheit zu geben." Denen aber, die um die verlorene Freiheit klagen, antwortet eine fascistische Zeitung, die immer radikaler und weniger vorsichtig als Mussolini ist: „Die Freiheit ist eine Allegorie, Italien aber ist eine Realität. Was gilt uns die Freiheit, wenn es um Italiens Größe geht?!"

Die fascistischen Listen, die sogenannten „nationalen Listen", die Listen der vermutlichen zukünftigen Mehrheit, sind nun für alle 15 Wahlbezirke fertiggestellt — in fieberhafter Arbeit, denn man schätzt die Zahl allein der fascistischen Kandidaturprätendenten auf 6000, während man doch höchstens ein Zwanzigstel gebrauchen kann. Unterstaatssekretär Acerbo, Mussolinis rechte Hand, Mitglied des Fünferrats für die Zusammenstellung der Regierungslisten, hat sich sein Bett sogar ins Ministerium tragen lassen, um bis spät in die Nacht und von frühmorgens an diese Prätendenten empfangen zu können. Kaum 300 von ihnen haben die doppelte Feuerprobe erst beim Fünferrat, dann beim „Duce" selbst bestanden. Denn außer den Fascistenführern, den sogenannten „Gerarchen" der Partei, kandidieren auch bedeutende fascistenfreundliche Gelehrte, Schriftsteller, Journalisten, Landwirte, Techniker. Etwa 50 Kriegsteilnehmer, meist mit den höchsten Kriegsdekorationen gezierte oder schwer verwundete, schließen sich an.

Mussolini selbst — das erlaubt das neue Wahlgesetz — kandidiert zweimal, in Mailand, dem Ausgangspunkt der fascistischen Bewegung, und in Neapel, der Hauptstadt des noch recht unfascistischen Südens. Vor allem um diesen Süden für die nationale Regierung zu gewinnen, hat man noch etwa 80 Liberale in die nationalen Listen aufgenommen. Campanien, Apulien, Calabrien, Sizilien sind zwar nicht gerade antifascistisch, aber dennoch konservativ. Sie wollen die alten, bewährten liberalen Führer nicht missen. So steht Orlando in Sizilien, de Nicola, der allgemein verehrte langjährige Kammerpräsident, in Campanien an der Spitze der Liste. Auch andre alte liberale Namen fehlen nicht.

* * *

Aber nicht einmal die 179 Minderheitssitze wollen die Fascisten und ihre liberalen Freunde der Opposition ungeschmälert überlassen. Dissidente und andre Fascisten, Liberale, einzelne Persönlichkeiten werden in sogenannten „Parallellisten" um diese Sitze kämpfen; Giolitti, der Unverwüstliche, wird eine dieser Listen in Piemont führen, und zwar mit einem wohl fascistenfreundlichen, aber ihm durchaus eigenen Programm. Und der Rest bleibt dann für die eigentliche Opposition. Alle ihre Parteien stellen, so viel man bis heute weiß, nur Kandidaten für die Minderheitssitze auf. Zersplittert, wie sie sind, fühlen sie sich recht schwach und sind es wohl auch. Und die bloße Unzufriedenheit großer Massen über die hohen Steuern und die ungewohnte „disciplina" formt keinen politisch stoßkräftigen Block. Der große katholisch-liberale Block, den Bonomi, der frühere Ministerpräsident, jetzt Führer der Linksliberalen, erstrebte, ist gescheitert. Von den Kanzeln wird weiter gegen das liberale Jahrhundert gekämpft. Bonomi findet also als einzige Bundesgenossen die Nittianer — ohne Nitti. Die Sozialisten, in drei feindliche Gruppen gespalten, von denen selbst die Maximalisten mit Moskau verfeindet sind, stehen gegen den mit Moskau „verbündeten" Fascismus; sie wissen zum Teil heute, vier Tage vor dem Termin der Listenveröffentlichung, noch nicht, ob sie überhaupt wählen sollen oder nicht. Die Republikaner werden in der Romagna wohl ein paar Stimmen erhalten. Die stärkste der Opposition, hat ihre beste Stütze verloren: — den Vatikan. Denn wenn es bei den vorigen Wahlen als selbstverständlich galt, daß ein guter Katholik nur dieser wahrhaft katholischen Partei seine Stimme zu geben habe, so hat es diesmal der vatikanische „Osservatore Romano" deutlich genug gemacht: es gibt auch andre, dem Vatikan genehme Parteien — den Fascismus nämlich. Don Sturzo aber, der sizilianische Priester, der oberste Popolarisführer, hat, wie alle Geistlichen, eine Mahnung zur politischen Enthaltsamkeit bekommen.

Und so wird es kommen, wie es kommen mußte. Die fascistische Jugend hat sich Italien erobert. Sie möge es ohne Terror und Intoleranz zu dessen Wohl beherrschen, und ein andres Wort Benedetto Croces über den Fascismus möge wahr bleiben: „Die Welt braucht die Jungen und die Nicht-mehr-Jungen, die Reflexion und den Impetus. Und man muß nicht denken, daß das eine bestimmt ist, dem andern zu schaden."

Hitlers Verteidigungsrede

„Kahr, Lossow und Seisser haben das gleiche getan wie wir"

Zweite Sitzung

München, 27. Februar, nachm. (Eig. Drahtber.)

In der Nachmittagssitzung begann

Hitler

mit seinen Ausführungen. Er schilderte zunächst seine Erlebnisse in früher Jugend, wie es ihm bereits mit 16 Jahren notwendig erschien, sich auf eigene Füße zu stellen. Dann sei er nach Wien gegangen; er sei dort ein absoluter Antisemit und ein fanatischer Nationalist geworden. Im Winter 1916/17 habe er im Lazarett den Entschluß gefaßt, sich der Politik zuzuwenden. Er habe in München die Rätezeit mitgemacht und sei dann mit noch sechs andern Personen in die „Nationalsozialistische Arbeiterpartei" eingetreten. Er habe sich keiner andern Partei anschließen wollen, weil er erkannt habe, daß diese unfähig seien, das deutsche Problem zu lösen. Als dies Problem habe er schon damals

die marxistische Bewegung

betrachtet. Aus dieser Erkenntnis heraus habe er sich nur der jetzigen Bewegung anschließen können, deren Ziel die Zukunft Deutschlands und die Vernichtung des Marxismus sei. Für die Nationalsozialisten sei Deutschland gerettet an dem Tage, wo der letzte Marxist bekehrt oder vernichtet sei. Für ihn sei und bleibe die Tat des November 1918 der Dolchstoß gegen die kämpfende Armee.

Hierauf kam Hitler auf den

Abwehrkampf im Ruhrgebiet

zu sprechen und tadelte die Methode des passiven Widerstandes. Er fuhr dann fort: Damals ging ich zu Lossow. Ich trug ihm vor, daß ich das Ende des Ruhrgebietes sehe, wenn sich die Reichsregierung nicht entschlösse, die große innere Frage ins Rollen zu bringen. Es sei der einzige Gedanke der deutschen Jugend, daß der Tag wiederkommen müsse, an dem wir wieder frei würden. Wir haben dann am 1. Mai versucht, wenigstens in einer Stadt den Sowjetstern zu beseitigen. Die Behörden sind uns damals zum ersten Male entgegengetreten. Seit diesen Tagen bin ich dann nicht mehr in das Wehrkreiskommando gegangen, denn ich mußte mir sagen, weitere Unterredungen seien nutzlos

Im September vorigen Jahres hatten wir 14 große Versammlungen angesetzt, um einen riesigen Propaganda-Feldzug für den aktiven Widerstand im Ruhrgebiet einzuleiten. Wir waren auf alles andre eher gefaßt als auf ein Verbot dieser Kundgebungen. Am 26. September kam der Generalstaatskommissar.

Meine Meinung über Herrn v. Kahr

ist folgende: **Er ist ein biederer, ehrenhafter, alter Beamter, aber damit Schluß!** Es war mir von früher her bekannt, daß er Großes zu leisten imstande war, wenn er eine tüchtige Stütze hinter sich hatte. Das war zu Zeiten, als Pöhner ihm zur Seite stand. Damals hat die Arbeiten nicht Kahr geleitet, sondern Pöhner. Ein Grund für das Versammlungsverbot wurde nicht angegeben. Später hörte ich, daß es die Gefahr eines Putsches gewesen wäre und daß aus dem gleichen Grunde das Generalstaatskommissariat eingerichtet wurde. Wenn dem wirklich so gewesen wäre, dann wäre es selbstverständlich Pflicht des Generalstaatskommissariats gewesen, alle diejenigen Leute, von welchen man wußte, daß sie einen Putsch machen wollten, hinter Schloß und Riegel zu bringen. Kahr dagegen begrüßte meinen Vertreter freundschaftlich, bedauerte, mich nicht persönlich begrüßen zu können. Den wahren Grund für das Versammlungsverbot wollte man nicht angeben. Ich habe damals bei Oberst Seisser Protest eingelegt gegen das Verbot der Versammlungen. Dieser hat aber kein Wort davon gesagt, daß sie wegen der Gefahr eines Putsches verboten worden wären, er sprach nur von einem Verbot aller Veranstaltungen im Rahmen des Ausnahmezustandes.

Wer hat nun gelogen?:

Kahr und Knilling oder Oberst Seisser?

In den letzten Tagen hatte ich in Bayreuth eine Besprechung mit Hauptmann Heiß, der seine Ueberzeugung aussprach, daß Kahr entschlossen sei, die deutsche Frage aufzurollen, d. h. in den Kampf gegen den Norden einzutreten. Ich hatte dagegen die Befürchtung, daß Kahr nicht dazu entschlossen sei. Gegen Hauptmann Heiß war damals ein Haftbefehl des Staatsgerichtshofes erlassen worden, weil er in einer Rede gesagt hatte, daß der Kampf nach dem Norden getragen werden müsse und daß bayrische Fäuste in Berlin Ordnung schaffen müßten.

Diesen Haftbefehl hat damals Herr v. Kahr fixiert

Er konnte also in jener Aeußerung zum mindesten nichts Strafbares erblickt haben, er mußte der Ueberzeugung gewesen sein, daß dieser Kampf gegen Berlin gerechtfertigt und vielleicht auch notwendig wäre.

Tatsächlich waren damals auch alle Vorbereitungen getroffen, um den Kampf gegen Berlin auszufechten

Diese Vorbereitungen mußten auch in mir die Ueberzeugung bestärken und festigen, daß der Kampf selbst unausbleiblich sei. Ueber die getroffenen Vorbereitungen bitte ich in einer nichtöffentlichen Sitzung weitere Ausführungen machen zu dürfen. Damals ging ich zu Lossow. Nach der Gehorsamsverweigerung Lossows konnte es meiner Meinung nach keine andre Alternative geben als Sturm oder Kampf bis zum äußersten. Wenn ein General in dieser Stellung seiner vorgesetzten Stelle den Gehorsam verweigert, dann muß er entweder zum letzten, äußersten Kampf entschlossen sein, oder er ist ein gewöhnlicher Meuterer und Rebell. Das war auch damals schon die Ueberzeugung Ludendorffs. Ich habe zu Lossow gesagt, es gäbe drei Möglichkeiten: entweder den begonnenen Kampf zu Ende zu führen oder aber eine Kapitulation oder, als letzter Ausweg, sich nach auswärtiger Hilfe umzusehen. Lossow hat das letztere sofort entschieden abgelehnt und auch eine Kapitulation als ausgeschlossen erklärt. Also dann Kampf! In dieser Unterredung habe ich Lossow gesagt, daß

meiner Meinung nach für eine Diktatur nur Pöhner in Frage kommen könne

der der energischste und fähigste Kopf sei, und ich habe weiter betont, daß der Kampf nach dem Norden mit Aussicht auf Erfolg nur geführt werden könne durch ein Gebilde, das als kommende deutsche Nationalarmee anzusprechen wäre, daß als einziger Feldherr, der in meinen Augen in Frage kommen könne, Ludendorff sei. Als ich einige Zeit später wieder zu Lossow kam, fand ich ihn in sehr bedrückter Stimmung. Er erklärte mir, er sehe kein Zurück mehr, der Kampf müsse ausgefochten werden. Es drehte sich jetzt also nur um die Personenfrage. Als ich ihn in so bedrückter und geknickter Stimmung sah, erklärte ich ihm in Hinblick auf den Konflikt wegen des „Völkischen Beobachters": „Exzellenz, ich stehe hinter Ihnen und werde nichts gegen Sie in Ihrer Sache unternehmen."

Ich gab hierfür mein Ehrenwort

das ausschließlich nur für Lossow und sonst niemand außer ihm bestimmt war. Graf Reventlow sagte mir: „Herr Hitler, binden Sie sich nicht an Herrn von Lossow, stellen Sie sich hinter Exzellenz v. Seeckt." Ich sagte: „Das tue ich nicht; Lossow hat bisher immer gegen mich anständig gehandelt." Es kam weiter Herr v. Graefe zu mir und beschwor mich, mich nicht hinter Lossow zu stellen, sondern neutral zu bleiben. Ich gab Herrn Graefe dieselbe Antwort wie dem Grafen Reventlow. Ich habe niemals mein Wort an Herrn v. Kahr gegeben und habe niemals Seisser oder Lossow ermächtigt, zu erklären, daß ich hinter Kahr oder hinter dem Generalstaatskommissariat stände; das wäre ein Irrsinn gewesen, da ich doch die ganze Zeit den Generalstaatskommissar und sein Amt angegriffen habe. Der Zweck der nationalsozialistischen Bewegung war doch nicht die Unterstützung Kahrs, sondern die Befreiung Deutschlands von der marxistischen Pest.

Bei einer weiteren Unterredung fragte mich Lossow, ob Ludendorff meine Pläne kenne und sie billige. Ich gab zur Antwort, daß Ludendorff als General die Stellung Lossows genau so beurteile wie ich. Lossow erklärte, er würde sich persönlich mit Ludendorff besprechen. In der Aussprache mit Ludendorff hat Lossow von Verhandlung zu Verhandlung immer schärfer den Standpunkt vertreten: „Ich bin entschlossen, zu handeln.

Aber ich muß eine 51prozentige Garantie für den Erfolg besitzen"

Ich habe Herrn v. Lossow damals erklärt, daß er sich die Sache mit der 51prozentigen Sicherheit vorher hätte überlegen müssen, ehe er den Kampf begonnen hat. Es trat eine Stimmungsänderung ein. Es kamen verschiedene Herren von Berlin, die mitteilten, General v. Seeckt trage sich mit den gleichen Plänen. Auch in Berlin beabsichtige man die Ausrufung der Diktatur. Verschiedene Herren aus Bayern wurden zu Verhandlungen nach Berlin gebeten. Diese Diktatur erschien Lossow als letzter Strohhalm, der ihn vor dem Ertrinken retten sollte. Lossow erklärte wörtlich: „Wenn sie tatsächlich ans Ruder kommt, so wird nichts andres zum Schlusse übrigbleiben, als daß ich den General von Seeckt spreche oder General v. Seeckt muß mich sprechen." Es wurde bewirkt, daß man wieder Fäden nach Berlin aufnahm und versuchte, sich mit Lossow auseinanderzusetzen.

Tatsache war eines: Die ganze Zeit haben Kahr, Lossow und Oberst v. Seisser mit uns die gleichen Ziele verfolgt, nämlich die Reichsregierung in ihrer heutigen internationalen und parlamentarischen Einstellung zu beseitigen, und an ihre Stelle eine nationale, absolutistisch parlamentarische Regierung in Form eines Direktoriums zu setzen.

Diese Absicht sollte, so erklärten die Herren, erreicht

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19240228/1